

Mediation mit religiösen Akteuren in Israel-Palästina

Israelisch-palästinensische Friedensgespräche sind bislang aus zahlreichen Gründen gescheitert. Eine besondere Herausforderung besteht dabei in der Berücksichtigung der Belange religiöser Akteure. Die Zusammenarbeit lokaler Mediatorinnen und Mediatoren mit religiösen Akteuren zeigt verschiedene mögliche Wege auf.

Von Simon J. A. Mason

Die religiös-säkulare Trennlinie, die den Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern durchzieht, ist nicht der Hauptgrund für das Stagnieren der israelisch-palästinensischen Friedensgespräche. Die Gründe für das bisherige Scheitern der Gespräche sind mannigfaltig, darunter etwa die Machtasymmetrie zwischen Palästinensern und Israelis und die Bevorzugung Israels durch die USA. Ein weiterer Faktor ist das Fehlen einer für eine Mehrheit von Israelis und Palästinensern akzeptablen gemeinsamen Zielsetzung für Friedensgespräche.

Dennoch müssen die mit der religiös-säkularen Trennlinie zusammenhängenden Herausforderungen angegangen werden. Nicht liberale religiöse Akteure stellen in ihren Gesellschaften eher eine Minderheit dar. Doch durch Bündnisse mit säkularen, nationalistischen politischen Parteien kann sich ihr Einfluss über ihre Gemeinschaften hinaus ausweiten. An vielen Friedensprozessen, besonders denen in den 1990er Jahren, waren vor allem säkulare Eliten beider Seiten beteiligt. Die Ermordung von Israels Ministerpräsident Yitzhak Rabin 1995 durch einen nationalreligiösen israelischen Juden, der gegen die Oslo-Abkommen war, verstärkte die Kluft zwischen säkularen Linken und religiösen Rechten in Israel. Auf palästinensischer Seite ist die Kluft zwischen säkularen und religiösen politischen Akteuren ebenso tief, was sich an



Tor zum Tempelberg / Haram al-Sharif. Ammar Awad / Reuters

Spannungen zwischen der säkular geprägten Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und der islamistisch geprägten Hamas zeigt. Ein säkularer palästinensischer Teilnehmer an der informellen Genfer Initiative soll gesagt haben, dass sie die Imame in die Moscheen stecken, die Türen abschliessen und die Schlüssel wegwerfen werden. Doch Religionsgemeinschaften können weder zum Schweigen gebracht noch weggesperrt werden.

Lokale Mediatorinnen und Mediatoren aus dem israelisch-palästinensischen Kontext zeigen aufschlussreiche Wege zur Auseinandersetzung mit religiös-politischen Akteuren, darunter das Ausloten zwischen Weltanschauungen und politischen Entscheidungen, das *visionning* sowie das Fokussieren auf praktisches Handeln. Im Folgenden wird versucht, zu einem besseren Verständnis religiös motivierter politischer Akteure im israelisch-palästinensischen

Schweizer Friedensförderung in Israel-Palästina

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) unterstützt Friedensförderung in Israel und in den besetzten palästinensischen Gebieten, die die legitimen Interessen sowohl der israelischen als auch der palästinensischen Bevölkerung zu berücksichtigen sucht und das Völkerrecht einhält. In diesem Kontext unterstützt das EDA auch verschiedene lokale Friedensförderer, die sowohl mit religiös-politischen als auch mit säkularen Akteuren auf beide Seiten arbeiten, unter anderem dem Herbert Kelman Institut für Interaktive Konfliktbearbeitung und der Nichtregierungsorganisation *Siach Shalom* (Frieden sprechen).

Kontext beizutragen und zu untersuchen, wie lokale Mediatorinnen und Mediatoren mit ihnen zusammenarbeiten können, um kurzfristige Krisen zu bewältigen und den Boden für längerfristige Friedensperspektiven zu bereiten. Diese Erfahrungen geben nicht nur Hoffnung auf Frieden in diesem Umfeld, sondern bieten auch Erkenntnisse für andere Kontexte.

Die «Anderen» verstehen

Eine Erkenntnis lokaler Mediatorinnen und Mediatoren im israelisch-palästinensischen Kontext ist, dass man versuchen muss, die Weltanschauungen, und konkreteren Bedürfnisse des oder der «Anderen» zu verstehen und zu respektieren. Eine mögliche Definition von Weltanschauung wäre eine gemeinsame Auffassung der Realität, die das gesellschaftliche und politische Leben im Hinblick auf die wichtigsten Fragen von Leben und Tod bestimmt (siehe weiterführende Literatur). Kein Akteur ist in Fragen von Weltanschauungen neutral, seien diese religiös – zum Beispiel im Hinblick auf die *Halacha* (das jüdische Recht) oder die *Scharia* (das islamische Recht) – oder säkular – etwa im Hinblick auf Humanismus oder Kommunismus. Konfliktbewältigung ist in der Regel einfacher, wenn die Akteure ähnliche Weltanschauungen haben. Akteuren mit unterschiedlichen Weltanschauungen fällt es oft schwerer, die Anliegen der Anderen zu verstehen, und die Kriterien für die Einschätzung, ob das Ergebnis legitim ist, klaffen häufig auseinander. Allerdings müssen Weltanschauungen und ihre Narrative, also sinnstiftende Erzählungen, politisches Handeln nicht vorgeben. Zudem ersetzt ein Fokus auf Weltanschauungen nicht die Notwendigkeit, konkretere wirtschaftliche, politische, rechtliche und sicherheitsbezogene Anliegen aller Akteure zu analysieren. Die Entwicklung eines Verständnisses für Weltanschauungen soll vielmehr die Grundlage dafür schaffen um zu erkennen, wie diese mit konkreteren Fragen interagieren sowie zu einer Einschätzung verhelfen, welche Spielräume es gibt. Gruppen von Akteuren vereinen eine Vielzahl an Weltanschauun-

gen, Narrativen und politischen Zielen. Es ist wichtig, die Nuancen zu verstehen. Einige davon sind hier, wenn auch nur oberflächlich, zusammengefasst.

Auf jüdischer Seite

Nach den Aufzeichnungen der israelischen Statistikbehörde (*Israel Central Bureau of Statistics*, ICBS) von 2020 setzt sich die Bevölkerung Israels (ca. 9,2 Millionen) wie folgt zusammen: 74 Prozent sind jüdisch, 21 Prozent sind arabisch/palästinensisch und 5 Prozent gehören zur Kategorie «andere». Jedoch bilden jüdische Israelis keine homogene Gruppe. Von den jüdischen israelischen Akteuren hat die Weltanschauungen von zwei Gemeinschaften, den Ultraorthodoxen und den Nationalreligiösen, die beide jeweils rund 12 Prozent der israelischen Bevölkerung ausmachen, einen starken Einfluss auf die Politik. Dies allerdings auf sehr unterschiedliche Weise.

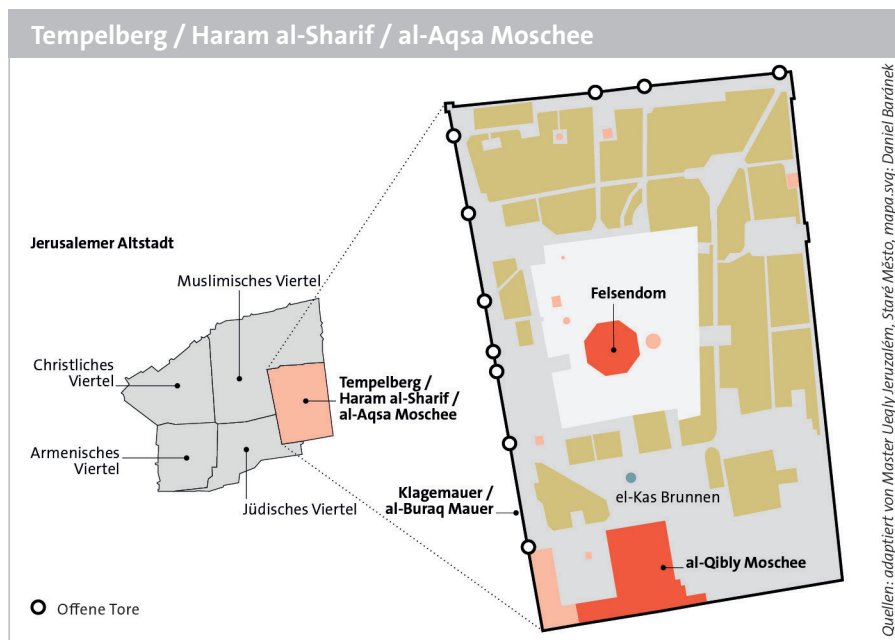
Die Ultraorthodoxen halten sich traditionell aus der nationalen Politik heraus und stehen dem Staat kritisch gegenüber. In dieser Weltanschauung kommen Erlösung und Frieden durch Gebet, religiöses Studium und ein Leben nach den Gesetzen der Tora. Politisches Engagement dient in erster Linie dem Schutz ihrer abgeschiedenen Lebensweise und ihres charakteristischen Bildungssystems, der Vermeidung von Mischehen, der Bewahrung ihrer Geschlechterrollen und der sozialen Wohlfahrt sowie der Vermeidung einer Säkularisierung beim Militärdienst. Ultraorthodoxe Frauen haben im Durchschnitt sechs Kinder. Das bedeutet, dass die Gemeinschaft demografisch und potenziell auch politisch an Bedeutung gewinnt. Die Ultraorthodoxen vertreten keine einheitliche Position in Bezug auf die Palästinenser. Sie vermeiden es, den Tempelberg/*Haram al-Scharif*, die heiligste Stätte des Judentums, zu betreten, weil sie glauben, dass der Tempel eines Tages von Gott und nicht von Menschen wiedererrichtet werden muss und der Zutritt bis dahin verboten ist. Wenn sie in den Siedlungen im Westjordanland leben, dann in der Regel nicht aus religiösen, sondern

aus wirtschaftlichen Gründen, da das Wohnen dort subventioniert wird. Ultraorthodoxe Rabbiner befinden in der Regel, dass territoriale Zugeständnisse zulässig sind, um das Leben von Jüdinnen und Juden zu retten. Die Unverletzlichkeit des Lebens hat also Vorrang vor der Unverletzlichkeit des Bodens. So kann für einige Rabbiner die Gebietsabtretung religiös legitimiert sein, wenn dies echten Frieden bringt.

Im Gegensatz dazu herrscht in der nationalreligiösen Perspektive die Idee vor, dass Erlösung durch das politische Handeln von Menschen (sogar säkularer Jüdinnen und Juden, wie beim Aufbau des Staates Israel im Jahr 1948) als Teil von Gottes Plan für die Zukunft der Juden kommt. Religion und Politik sind miteinander verwoben, wobei die religiöse Lektüre der Tora zu politischem Handeln führt. Im Hinblick auf die palästinensische Bevölkerung sind die Nationalreligiösen tendenziell antagonistisch eingestellt: Einige Anhängerinnen und Anhänger des Rabbiners Abraham Isaak Kook (1865–1935) sehen es als ihre religiöse Pflicht an, aktiv auf die Schaffung der Voraussetzungen für eine vollständige Erlösung hinzuwirken, etwa durch die Besiedlung des Landes oder die Schaffung eines jüdischen Staates. Nationalreligiöse Siedlerinnen und Siedler im Westjordanland sind oft auch aus religiösen Gründen dort. Der Glaube, dass der Dritte Tempel am Tempelberg/*Haram al-Scharif* errichtet werden wird (am jetzigen Standort des Felsendoms), bestimmt die Einstellung vieler Angehöriger der nationalreligiösen Gemeinschaft. Einige nationalreligiöse Jüdinnen und Juden beten deshalb demonstrativ sichtbar auf dem Tempelberg/*Haram al-Scharif*, was die palästinensische Bevölkerung als Provokation empfindet. Das Bündnis der Nationalreligiösen mit der jüdischen säkularen Rechten führt dazu, dass sie weit über ihre Gemeinschaft hinaus politischen Einfluss ausüben, besonders in Fragen der Siedlungspolitik.

Auf palästinensischer Seite

Etwa die Hälfte der palästinensischen Bevölkerung lebt als Geflüchtete in Jordanien und anderen Ländern; von der anderen Hälfte leben – laut Zahlen des ICBS für 2020 – rund 2 Millionen in Israel selbst und – laut Zahlen der palästinensischen Statistikbehörde für 2020 – rund 3 Millionen im Westjordanland und etwa 2 Millionen im Gazastreifen. Eine kleine Elite profitiert dabei vom *Status quo*, doch die grosse Mehrheit der Palästinenserinnen und Palästinenser wird in allen Lebensbereichen marginalisiert. Sie sind unter anderem in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt und



stehen. Demnach stellt eine volle und ausschliessliche politische Souveränität nicht die einzige Lösung für die religiösen Anliegen der Akteure dar. Um diese Spielräume auszuloten, müssen Umfeldler geschaffen werden, in denen es möglich ist, friedlich unterschiedliche Meinungen anzuhören, auch wenn dies schmerzhaft sein mag. Ein von der Nichtregierungsorganisation *Siach Shalom* entwickelter Ansatz besteht darin, sich von den Eigenheiten des konkreten Konflikts zu lösen und zu betrachten, was Frieden in der jeweiligen Weltanschauung bedeutet. Dieser Ansatz ist sehr hilfreich, um Gespräche und Interaktionen zu eröffnen, die unweigerlich auch die Besonderheiten des Konflikts ansprechen. Vor einem Zusammentreffen mit Akteuren, die andere Weltanschauungen vertreten, sind oft Vorbereitungsstreffen innerhalb der Gruppe notwendig. *Visioning* stellt zudem einen Weg dar, sich auf ein mögliches gemeinsames Ziel für israelisch-palästinensische Friedensgespräche vorzubereiten.

es fehlt ihnen an Arbeitsplätzen, Bildung und Gesundheitsversorgung. Was die meisten Palästinenserinnen und Palästinenser eint, ist der Kampf um Bürgerrechte in Israel, die Beendigung der israelischen Besatzung im Westjordanland, einschliesslich Ost-Jerusalems und der Blockade des Gazastreifens sowie die Erlangung der vollen Selbstbestimmung und das Recht auf Rückkehr. Ausserdem betrachten die Palästinenserinnen und Palästinenser die Verteidigung der *al-Aqsa*-Moschee, der drittheiligsten Stätte des Islam nach Mekka und Medina, als eine ihrer nationalen Aufgaben. Aufgrund ihrer überragenden nationalen Bedeutung und ihrer Bedeutung für Muslime weltweit halten sie es für undenkbar, die Moschee in einem Friedensabkommen aufzugeben.

Die Palästinenserinnen und Palästinenser sind keine homogene Gruppe: Sie umfassen säkulare Linke, säkular geprägte Nationalisten wie die *Fatah*, islamistisch geprägte Gruppierungen wie die *Hamas* und den südlichen und nördlichen Zweig in Israel. Der Grossteil der Bevölkerung ist muslimisch. Unter ihnen gibt es aber auch Christen, Drusen, Juden und Samariter. Die meisten säkularen Palästinenser – die auch religiös sein können, was ihre politischen Entscheidungen aber nicht direkt beeinflusst – berufen sich auf Völkerrecht, wie die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates und auf die Menschenrechte. Daraus gehen politische Handlungen hervor, bei denen die Bürgerrechte, die Zweistaatenlö-

sung und die Beendigung der israelischen Besatzung im Mittelpunkt stehen. Im Gegensatz dazu wird das Land Palästina in einigen Auffassungen islamisch geprägter Gruppierungen als eine Art islamischer *Waqf* (ein der Stiftung vergleichbares Institut des islamischen Rechts) betrachtet, die künftigen muslimischen Generationen bis zum jüngsten Tag gewidmet ist. Nach diesen Auffassungen kann Land, das Israel der palästinensischen Bevölkerung entzogen hat, nicht rechtmässig zu Israel gehören.

Spielräume ausloten

Auch wenn dies nur eine Minderheit darstellt, so betrachten bestimmte Akteure in ihrer Lesart des Judentums und des Islam die Kontrolle ihrer jeweiligen Gruppe über das Land zwischen Mittelmeer und Jordan als aus religiösen Gründen notwendig – unabhängig von anderen politischen, wirtschaftlichen oder sicherheitspolitischen Faktoren. Umgekehrt bieten die Religionen sämtlicher Akteure auch Konzepte für ein friedliches Nebeneinanderleben. Die jüdische Idee der «Einheit der Gegensätze» geht zum Beispiel davon aus, dass alle Menschen – seien sie jüdisch oder arabisch – Schöpfungen des Göttlichen sind. Ähnlich sagt Gott im Koran: «Und wahrlich, wir haben den Kindern Adams Ehre erwiesen» (Sure 17:70).

Viele lokale Mediatorinnen und Mediatoren haben deshalb untersucht, welche Spielräume in Fragen religiöser Weltanschauungen und politischen Handelns be-

Lokale Mediatorinnen und Mediatoren arbeiten oft in Teams, die aus jüdisch-säkularen, jüdisch-religiösen, palästinensisch-säkularen und palästinensisch-religiösen Akteure bestehen. Dies verbessert ihr Verständnis für Akteure mit unterschiedlichen Weltanschauungen und unterstreicht auch ihre Unparteilichkeit, Legitimität und Akzeptanz. Lokale Mediatorinnen und Mediatoren, die mit der anderen Seite zusammenarbeiten, müssen Vertrauen zu dieser aufbauen und gleichzeitig darauf achten, dass sie aufgrund des Kontakts zur anderen Seite nicht im eigenen Lager als kompromittiert angesehen werden.

Multiple Siegesreden

Eine von lokalen Mediatorinnen und Mediatoren verwendete Methode besteht darin, bei Gesprächen gezielt Abkommen ausser vorzulassen, die einen endgültigen Status anstreben und darauf abzielen, den Konflikt abschliessend zu beenden, indem von den Parteien explizit den Verzicht auf weitere Ansprüche verlangt wird. Ein solches Ziel kann eine Gegenreaktion unter den religiösen Akteuren hervorrufen, die die Befürchtung hegen, dass ihr Wunschtraum durch ein solches Abkommen verunmöglicht wird. Eine alternative Idee besteht deshalb darin, auf ein langfristiges (aber nicht endgültiges) Abkommen hinzuwirken, das eine friedliche Koexistenz ermöglicht und die Kernwünsche aller Seiten erfüllt, aber gleichzeitig auch Raum lässt, damit sich künftige Generationen mit religiös-politischen Zielen auseinandersetzen können, die derzeit unvereinbar erscheinen.

Weiterführende Literatur

CARIM (CSS ETH Zürich und EDA), University of Vancouver, Seton Hall University, **Mediating Conflicts between Groups with Different Worldviews: Approaches and Methods**, siehe CSS website.

Ofer Zalberg, **«Beyond Liberal Peacemaking: Lessons from Israeli-Palestinian Diplomatic Peacemaking»**, *Review of Middle East Studies*, 53(1), 2019.

Ein Prozess, der zu einem solchen Abkommen führt, erfordert eine gemeinsame Zielsetzung und einen Konsens über die Mindestbedingungen. Eine damit zusammenhängende Idee ist, die Präambel eines Friedensabkommens so kompakt zu fassen, dass die verschiedenen Akteure das Abkommen auf disparate Weise und somit im Einklang mit ihren Weltanschauungen rechtfertigen können. Ofer Zalberg vom Herbert Kelman Institut schlägt beispielsweise vor, bei der Aushandlung eines Abkommens so vorzugehen, dass alle Beteiligten den Sieg für sich reklamieren können: Die Mitglieder der jeweiligen Gemeinschaften müssen in der Lage sein, das Abkommen in deren Weltanschauungen und Narrativen zu verwurzeln (siehe weiterführende Literatur).

Fokus auf Praktisches Handeln

Ein weiterer Ansatz besteht darin, sich auf die Bewältigung von Konflikten im Zusammenhang mit alltäglichen Fragen des Zusammenlebens zu konzentrieren. Dies war nach einer Krise im Jahr 2017 der Fall, bei der, nachdem zwei israelische Polizisten auf dem Gelände erschossen worden waren, israelische Behörden Metalldetektoren an den Toren zum Tempelberg / *Haram al-Sharif* installierten um eine Wiederholungstat zu verhindern. Dies führte jedoch zu einer massiven Mobilisierung der palästinensischen Gläubigen, die diesen Schritt als Verletzung eines islamischen Gebots, wonach die Kontrolle über die Moschee in muslimischen Händen liegen muss, und als Veränderung des historischen *Status quo* der Stätte betrachteten. Sie weigerten sich daher, die Moschee zu betreten, und hielten stattdessen Massengebete vor ihren Toren ab.

Durch die Vermittlungsbemühungen vor Ort sowie die Beteiligung jordanischer Behörden wurden die Metalldetektoren entfernt und unauffällige Sicherheitsmassnahmen weiter entfernt von der heiligen Stätte platziert. Die Vermittler, darunter religiöse Führer von Mosaica und des Adam Center, waren seit vielen Jahren in einer religiösen Friedensinitiative engagiert und hatten somit eine starke Vertrauensbasis zur israelischen Polizei aufgebaut. Eine weitere Vermittlung war in der letzten Phase derselben Krise erforderlich, als die israelischen Behörden planten, das Tor, an dem sich die Todesfälle ereignet hatten, vorübergehend geschlossen zu halten, da sie befürchteten, einige Palästinenser würden dort Siegesfeiern abhalten. In der islamischen Weltanschauung ist die Moschee als Ganzes heilig, und dementsprechend verletzte diese Massnahme die Integrität der Moschee. An allen Toren begannen sich die Massen zu sammeln. An diesem Punkt drohten die bisher getroffenen Übereinkünfte zu scheitern; die Gefahr von Unruhen wuchs. Ein palästinensischer Mediator erklärte das Problem einem jüdischen Mediator, der sich wiederum an einen hochrangigen Berater des israelischen Ministerpräsidenten wandte. Das Tor wurde geöffnet, wobei die muslimischen Behörden sicherstellten, dass am Tor keine Feiern stattfanden.

Solche Vermittlungen in Krisensituationen finden immer wieder statt. Von Juden und Palästinensern gemeinsam unternommene Bemühungen, bei denen die Weltanschauungen und Bedürfnisse der jeweiligen Gruppen respektiert werden, tragen dazu bei, Eskalationen zu vermeiden, und können mitunter sogar für längerfristige politische Veränderungen genutzt werden.

Raum für Dialog fördern

Internationale Akteure können eine Rolle bei der Unterstützung lokaler, über Konfliktgrenzen hinweg arbeitender Mediatorinnen und Mediatoren spielen. Die Zusammenarbeit mit Akteuren, die möglicherweise sehr unterschiedliche Weltanschauungen aufweisen, macht auch eine Selbstreflexion auf Geberseite erforderlich. Ebenso erfordert sie den Aufbau einer Vertrauensbasis mit den lokalen Mediatorinnen und Mediatoren. Dies nimmt wiederum Zeit in Anspruch. Beispielsweise

solche vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) unterstützte Aktivitäten sind in Infokasten auf der Seite 2 zusammengefasst. Für die Bürgerinnen und Bürger der Geberländer gilt es zu verstehen, dass Friedensförderung nicht nur bedeutet, auf ein endgültiges Friedensabkommen hinzuarbeiten, sondern auch kleine Schritte in Richtung Frieden zu unterstützen. Diese sind zwar unspektakulär, aber notwendig, damit die betroffenen Bevölkerungen zunächst einmal mehr oder weniger friedlich nebeneinander leben können. Ohne diese kleinen Schritte können auch die langfristigen Aussichten auf Frieden sinken.

Solange «Frieden» mit Säkularisierung gleichgesetzt wird, wird er von einigen religiösen Akteuren im israelisch-palästinensischen Kontext abgelehnt werden. Dies ist die Prämisse für die Arbeit von *Siach Shalom*. Religiöse Akteure können offen für Frieden sein und praktische Schritte hin zu einer friedlichen Koexistenz unterstützen, solange solche Schritte in ihrer jeweiligen religiösen Weltanschauung sinnvoll erscheinen. Solche Bemühungen müssen aber auch in säkularen Weltanschauungen Sinn ergeben. Zudem müssen sie die konkreten sicherheitsbezogenen, wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Bedürfnisse aller Akteure berücksichtigen. Andernfalls sind sie nicht umsetzbar. Daher ist Raum für einen Dialog innerhalb der israelischen und der palästinensischen Gesellschaft ebenso wie zwischen diesen Gesellschaften erforderlich, der Akteure mit religiösen und säkularen Weltanschauungen einbezieht. Lokale Mediatorinnen und Mediatoren können respektvolle Beziehungen zwischen verschiedenen Gemeinschaften erleichtern und Friedensvisionen entwickeln, die in unterschiedlichen säkularen und religiösen Auffassungen von Realität Sinn ergeben.

Für mehr zu Mediation und Friedensförderung, siehe [CSS Themenseite](#).

Simon J. A. Mason leitet das Mediation Support Team des Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich, wo er sich auch am Programm Culture and Religion in Mediation (CARIM), eine gemeinsame Initiative des CSS und des EDA beteiligt.

Die **CSS Analysen zur Sicherheitspolitik** werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Das CSS ist ein Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik. Jeden Monat erscheinen zwei Analysen auf Deutsch, Französisch und Englisch.

Herausgeber: Fabien Merz
Lektorat: Julian Kamasa
Layout und Grafiken: Miriam Dahinden-Ganzoni

Feedback und Kommentare: analysen@sipo.gess.ethz.ch
Weitere Ausgaben und Abonnement: www.css.ethz.ch/cssanalysen

Zuletzt erschienene CSS-Analysen:

Jemen als Spielball der Regionalmächte Nr. 280
GSVP-Missionen: Begrenzte Wirkung auf Reformen Nr. 279
Digitale Desinformation: Erkenntnisse aus der Ukraine Nr. 278
Südostasien: Brennpunkt der Grossmachtrivalität Nr. 277
China und die nukleare Rüstungskontrolle Nr. 276
Tumult im östlichen Mittelmeerraum Nr. 275

© 2021 Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich
ISSN: 2296-0236; DOI: 10.3929/ethz-b-000477512